

## **Bericht der Stadtverwaltung Neustrelitz im Ausschuss für Bildung und Soziales am 31.01.2023**

### **Vorstellung Notfallvorbereitung und Krisenstabsarbeit/Zusammenarbeit mit der Katastrophenschutzbehörde**

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Ohne Sicherheit ist gesellschaftliche Entwicklung nicht möglich.

Die Ordnungsbehörden sorgen für Sicherheit und Aufrechterhaltung eines friedlichen Miteinanders und handeln immer dann, wenn Gefahren bestehen oder drohen. Man unterscheidet zwischen Sonderordnungsbehörden und allgemeinen Ordnungsbehörden. Immer wenn der Sachverhalt besonderes Fachwissen erfordert, gibt es wenige, aber spezialisierte Ämter, die Sonderordnungsbehörden. Alles, was nicht von diesen Behörden aufgefangen wird oder was übertragen wird, fällt in die Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden. Diese Institutionen (beispielhafte Aufzählung im Folgenden) bilden um die Bürgergemeinschaft ein mehrschichtiges Netz. Für den Schutz des Bundes sorgen die klassischen Sonderordnungsbehörden Bundeswehr und -polizei, unterstützt durch das THW. Für die Sicherheit in MV sorgen die Landespolizei und das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz als Sonderordnungsbehörden, unterstützt durch das DRK. Im Landkreis fungieren als Sonderordnungsbehörde der Katastrophenschutz oder Gesundheits- oder Umweltamt, unterstützt durch die Johanniter. In den Städten und Gemeinden finden sich neben Sonderordnungsbehörden, wie dem Tiefbauamt v.a. die allgemeinen Ordnungsämter wieder, zu denen auch die Freiwilligen Feuerwehren gehören. Neben den Aufgaben Einwohnermelde-, Gewerbe-, Straßenverkehrs- sowie allgemeinen Ordnungsrecht mit seinen vielfältigen Aufgabenbereichen, gehört auch der Brand- und Zivilschutz dazu.

Diese Behörden sollten so aufgestellt sein, wie es die Sachlage erfordert. Die Kernaussage lautet: Deutschland ist im Weltmaßstab ein sicheres Land. MV ist im Bundesmaßstab ein sicheres Bundesland. Dennoch fühlen sich viele Bürger nicht sicher genug. Doch was können wir erwarten und konnten wir überhaupt je ganz sicher sein?

Vor dem Mauerfall befanden wir uns in der Zeit des kalten Krieges. Die Osthälfte Deutschlands verfügte über eine ausgebaute bis in die Zivilgesellschaft organisierte Wehrhaftigkeit, die Westhälfte setzte mehr auf freiwilliges Engagement in Organisationen wie bspw. DRK, ABS, THW etc.. Nach dem Mauerfall wurden bestehende Strukturen reduziert oder aufgehoben. Die Bedrohung durch bewaffnete Angriffe eines Staates gegen den anderen innerhalb Europas wurde als wenig relevant eingeschätzt. Die Aufhebung der Wehrpflicht in Deutschland war eine Folge dieser Entwicklung. In den letzten Jahren wurde das wiedervereinigte Deutschland durch neue Entwicklungen wie internationalen Terrorismus und Naturkatastrophen neu sensibilisiert. Den Höhepunkt dieser Tendenz stellt die kriegerische Auseinandersetzung in Europa dar. Die Sicherheitspolitik in Deutschland muss und wird diese Tatsachen neu bewerten.

Es ist sehr wichtig, die tatsächliche Bedrohung genau zu analysieren. Es geht darum angemessen zu reagieren und die Einwohner nicht in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Sicherheitsbehörden sollen in der jeweiligen Situation den bestmöglichen Schutz im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel bieten. Wenn der Staat alle verfügbaren Mittel einsetzt, dann macht er den Ausnahmezustand zur Normalität, worunter zweifelsohne der gewöhnliche soziale Standard in der Gesellschaft leidet.

Am Beispiel der Energiekrise soll verdeutlicht werden, wie die o.g. Behörden arbeiten und worauf es ankommt. Die rasante Entwicklung der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine sowie die umgehenden Reaktionen Deutschlands

darauf, steuerten auch in eine unklare Energieversorgungslage, die zunächst in der Gasmangellage und später in der Energiemangellage mündete. Die zusätzlich bestehende Flüchtlings- und Corona- Situation führten zu einem weit über das normale Maß hinausgehenden Koordinierungsbedarf der Ordnungsbehörden, so dass sich auf jeder Ebene (Bund, Land, Landkreis und Stadt) Krisenstäbe bildeten, die unter Aufhebung der normalen Strukturen sofortige Reaktionen und Entscheidungen ermöglichten. So bildete der Bürgermeister Ende 2022 zum ersten Mal in seiner Dienstzeit einen Krisenstab.

Wie stellte sich die Entwicklung dar? Deutschlands Energieversorgungsunternehmen arbeiteten stabil so auch in Neustrelitz. Einen mehrtägigen Stromausfall hat es seit mehreren Jahrzehnten in Neustrelitz nicht gegeben. Auch nach anfänglichen Unwägbarkeiten in Bezug auf Gasreserven konnten unsere Energieversorger schnell die alte Versorgungsstabilität bestätigen, so auch unsere örtlichen Stadtwerke. Die Gefahr eines „Blackout“ bestand nie, denn ein „Blackout“ bedeutet einen großflächigen (länderübergreifenden, deutschland- oder gar europaweiten) und darüber hinaus sehr lang andauernden Stromausfall. Wer hier den Thriller „Blackout“ gelesen hat, musste bei dieser Bezeichnung zwangsläufig in Panik verfallen. Eine solche Katastrophe zu standardisieren wäre erschöpfend. Dies ist in Anbetracht der Situation aber auch nicht erforderlich. Das Innenministerium MV definierte daher einen 3-tägigen Stromausfall als angemessene Planungsgrundlage und spielt ein solches Szenario durch, wobei aber selbst ein Stromausfall von 3 Tagen als sehr unwahrscheinlich gilt. Man kann davon ausgehen, dass bei einem 3 Tage andauernden Stromausfall der Landrat eine Katastrophe ausruft, da eine solche Lage einen erheblichen Koordinierungsaufwand erfordern würde, für welche die Mittel der örtlichen Gefahrenabwehrbehörden nicht ausgelegt sind und somit eine überörtliche Führung sowie die Kräfte des Landkreises erforderlich würden. Das Land hat die Landkreise aufgefordert, für entsprechende Konzepte zu sorgen.

Bei einem länger andauernden Stromausfall kommt es darauf an, die elementaren Bedürfnisse der Gesellschaft abzudecken. Diese existenziellen Aufgaben werden durch die kritischen Infrastrukturen wahrgenommen. Eine kritische Infrastruktur stellt bspw. ein Krankenhaus dar, welches den Auftrag hat, Patienten zu versorgen. Weiter ist es wichtig, die Bevölkerung in der Selbsthilfefähigkeit zu stärken.

Das Land MV sah die Themen Treibstoffversorgung, Wiederinbetriebnahme von Gasnetzen, Schaffung von Wärmeinseln und Katastrophenschutz(KatS)-Leuchttürme als Schwerpunkte an. Um die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastrukturen aufrechterhalten zu können, verfügt das Land MV über Treibstoff in Großtanklagern an der Ostsee und bindet eine Logistikfirma zur Verteilung auf die Abgabepunkte im Landkreis. Von hier aus wird der nötige Treibstoff an die Kritischen Infrastrukturen im Landkreis verteilt. Der Landkreis MSE hat hierfür ein Treibstoffkonzept bis in die Städte und Gemeinden entwickelt und zuvor alle kritischen Infrastrukturen im Landkreis nach dem Ausstattungsgrad befragt. Zur Wiederinbetriebnahme von Endgeräten in den Haushalten bei evtl. ausgefallener Gasnetze hat das Land eine Koordinierungsgruppe gebildet, bestehend aus Vertretern der Gasversorger und des Schornsteinfeger- sowie Installateurhandwerks, die zur Unterstützung in die betroffenen Gebiete entsendet werden. Der Landkreis hat die Aufgabe erhalten Wärmeinseln und KatS-Leuchttürme einzurichten. Der Landrat arbeitet hier eng mit den Bürgermeistern zusammen. Regelmäßig findet hier online ein Austausch über den Sachstand statt. In den Wärmeinseln soll eine Notversorgung für die Bevölkerung sichergestellt werden und die Leuchttürme sollen Anlaufstellen der Bevölkerung für Informationen und Notfälle sein. Neustrelitz hat dem Landkreis 3 Strandorte (Leea und die Turnhallen an den Schulstandorten Tiergarten- und Bachstr.) zur Prüfung der Geeignetheit benannt.

Der Bürgermeister hat einen Krisenstab gebildet. Dieser erledigt alle mit den Ereignissen im Zusammenhang stehenden Verwaltungsmaßnahmen. Zur Beurteilung der Lage bedient er sich stets eines externen Beraters, der Stadtwerke. Der Krisenstab besteht aus seinen

ständigen Mitgliedern, die zugleich auch Mitglieder der Dezernentenkonferenz sind. Sie sichern die unmittelbaren Entscheidungen auf dem Gebiet der Verwaltung, Energie, Finanzen, Pressearbeit und Rechtsberatung ab. Weiter werden ereignisspezifische Mitarbeiter hinzugezogen, wenn es die Lage erfordert. Je nach Sachverhalt tagt der Krisenstab, anfänglich wöchentlich, derzeit monatlich.

Aufgabe des Bürgermeisters ist es, bis zu einem 3 tägigen Stromausfall die Arbeitsfähigkeit seiner Kritischen Infrastrukturen weiter zu gewährleisten sowie Hinweise zum Selbstschutz der städtischen kritischen Infrastrukturen und seiner Einwohner zu geben und selbstverständlich auch mit seinem Mitarbeiterstab bei der Bewältigung der Lage mitzuwirken. Hier stehen das Rathaus und die Freiwillige Feuerwehr im Fokus. Beide Institutionen arbeiten Pläne zur Erreichbarkeit und Kommunikation, zur Notstromversorgung und zur Weiterleistung notwendiger Arbeiten aus. Die dringendsten Aufgaben sind in der sofortigen Umsetzung, übrige können mitunter ein Jahr in Anspruch nehmen. Weiter wurden alle kritischen Infrastrukturen und sensiblen Bereiche der Stadt über die Gefahren eines länger andauernden Stromausfalles informiert und aufgefordert, Vorsorge zu treffen. Der Bürgermeister nutzt das Amtsblatt „Strelitzer Echo“, welches allen Haushalten zukommt und den Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, um die Bevölkerung aufzuklären. Diese Broschüre ist bei den städtischen Wohnungsgesellschaften und im Bürgerbüro der Stadt zur Abholung hinterlegt und enthält alle Informationen, die für ein besonnenes Handeln erforderlich sind.

Letztlich muss gesagt werden, ja, die Wahrscheinlichkeit eines 3 stündigen Stromausfalles bestand schon immer und ist nicht auszuschließen. Sollte es doch einmal länger dauern, ist das allerwichtigste Hilfsmittel, nicht in Panik zu verfallen, sondern Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und an die eigene Selbsthilfefähigkeit und an Solidarität zu denken. Leider steht staatliche Hilfe nicht uneingeschränkt zur Verfügung und muss sich in Schadenslagen den Schwerpunktaufgaben widmen. Für einen gewissen Zeitraum ist jeder selbst in der Lage, die Situation zu meistern. Je mehr die Bürger mitwirken, umso besser ist es möglich, im betreffenden Zeitraum die zentralen Aufgaben zu bewältigen und sich auf die tatsächlichen Notfälle zu konzentrieren.

Sylke Drobek  
Amtsleiterin Ordnung und Sicherheit